



CDU Fraktion Oerlinghausen



Oerlinghausen, den 06.09.2011

An den Vorsitzenden des Ausschusses Soziales, Jugend, Sport, Herrn Hans-Josef Hünnerbein,
für die Sitzung am 21.09.2011

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Informationen über Finanzierungsmöglichkeiten von Projekten zur Gewaltprävention, die an Schulen, insbesondere an Grundschulen und weiterführenden Schulen, aber auch in anderen Einrichtungen durchgeführt werden können, einzuholen. Unterstützung könnten auch Organisationen wie z.B. das Kinderhilfswerk der UNICEF bieten.

Begründung:

Am 6. September 2011 fand im Bürgerhaus eine Veranstaltung der Kreispolizei Lippe statt, in welchem das Thema Gewalt an und unter Kindern und Jugendlichen behandelt wurde. Es wurde deutlich, dass trotz einer Zunahme von Aktivitäten zur Gewaltprävention an Schulen in den letzten Jahren immer noch Handlungsbedarf besteht, um Kinder und Jugendliche vor Gewalt zu schützen. Hierzu gehört die Stärkung der sozialen Kompetenz und des Selbstwertgefühls sowie der Fähigkeit, Gewalt und aggressives Verhalten als solches wahrzunehmen. Mangelnde Handlungskompetenz führt in Konfliktsituationen zu einseitig-aggressiven Reaktionen. Daher ist ein weiteres wichtiges Ziel die Vermittlung von Handlungsalternativen in adäquaten Trainingsprogrammen.

Wir wünschen uns in Oerlinghausen, (mehr) Projekte, die unseren Kindern und Jugendlichen helfen, Gewalt an ihnen oder an anderen zu erkennen und auf sie angemessen zu reagieren.

Wir berücksichtigen bei diesem Antrag, dass es bereits ähnliche Projekte an Schulen gibt, wie zum Beispiel das Deeskalationstraining. Eine Überschneidung mit diesen bereits vorhandenen Projekten sollte vermieden werden; neue Projekte können und sollten die bereits laufende oder durchgeführte Arbeit in der Gewaltprävention vervollständigen.

Leider fehlen Schulen und anderen relevanten Einrichtungen oft die Mittel, weitere Projekte durchzuführen, oder sogar mit der Stadtverwaltung und anderen Beteiligten ein Gesamtkonzept zur Gewaltprävention für Kinder und Jugendlichen zu entwickeln. Daher möchten wir die Stadtverwaltung beauftragen, Informationen über eventuelle Fördermöglichkeiten einzuholen.

Das bereits bestehende Projekt „Notinsel“ würde durch zusätzlich Gewaltpräventionsaktivitäten ergänzt und verstärkt. Das Notinsel-Projekt bietet Kindern als Opfer von Gewalt und Bedrohung Fluchtpunkte, wo sich ihrer Notsituation angenommen wird. Das Projekt hilft Kindern und Jugendlichen daher in besonderen Situationen. Mit zusätzlichen Projekten möchten wir Kindern und Jugendlichen Erkenntnisse, Hilfestellungen und Massnahmen bieten, die dazu beitragen, Gewalt, wie sie in verschiedenen Lebensbereichen auftreten kann (z.B. im häuslichen Bereich, im Freundeskreis oder in der Schule), zu verhindern und im Allgemeinen ein gewaltfreies Klima begünstigen.

i.A. der CDU Fraktion

Kerstin Bartsch, Monika Scheler